

Wirtschaft | Das Wallis intensiviert den Kampf gegen unlauteren Wettbewerb und Lohndumping

# Mit Volldampf gegen Schwarzarbeit

**WALLIS |** Durch Schwarzarbeit gehen allein im Wallis jedes Jahr geschätzte 1,2 Milliarden Franken verloren. Nun haben Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften die Organisation ARCC auf die Beine gestellt, um den Kampf gegen die Schwarzarbeit zu verschärfen.

Die Schwarzarbeit blüht. Wie lukrativ sie ist und aus diesem Grund verführerisch für Arbeitgeber sein kann, zeigt folgender Fall eines Unternehmers aus dem Kanton Zug. Während fünf Jahren lieb er ausländische Schwarzarbeiter, es handelte sich um asylsuchende Kosovo-Albaner, an Drittfirmen aus. Indem er 35 Franken Stundenlohn verlangte, seinen Arbeitern aber nur 20 Franken ausbezahlte, kassierte er eine halbe Million Franken im Jahr. Die ordentlichen Sozialbeiträge für AHV, IV oder ALV zog er den Schwarzarbeitern zwar vom geringen Lohn ab, rechnete sie aber nicht etwa bei den Sozialwerken ab, sondern steckte sie in die eigene Tasche.

## Immenser Schaden für die Wirtschaft

Schwarzarbeit führt nicht nur zu Lohndumping, sondern ist vor allem auch ein enormes Problem für die Sozialwerke und den Fiskus. Der Schaden, den die Schwarzarbeit im Sozialstaat Schweiz anrichtet, ist immens. Allein der AHV entgehen geschätzte 4,6 Milliarden Franken jährlich. Die Schweiz tut sich schwer mit der Bekämpfung der Schwarzarbeit. Sie wird laut Bundesrat Johann Schneider-Ammann auf 45 Milliarden Franken geschätzt und entspricht nicht weniger als 6,9 Prozent der Wirtschaftsleistung. Die wichtigsten Defizite in der Bekämpfung der Schwarzarbeit sind gemäss Bundesrat neben den knappen personellen Ressourcen die hohe Zersplitterung der Kräfte, eine fehlende Koordination der Einsätze sowie eine ungenügende Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Behörden und Organisationen.

## Kanton und Wirtschaft spannen zusammen

Im Wallis ist das Problem erkannt wor-



**Besiegelt.** Staatsratspräsidentin Esther Waeber-Kalbermatten und Serge Métraillier, Präsident der neuen Organisation ARCC, unterzeichnen die Vereinbarung zwischen Kanton und Gewerbe.

FOTO: WBA

den. Nun haben Wirtschaft, Politik und die Gewerkschaften des Kantons Wallis ihre Kräfte gebündelt, um verstärkt gegen unlauteren Wettbewerb und Lohndumping vorzugehen. Unternehmer und Gewerkschaften haben die «Association pour le renforcement des contrôles sur les chantiers de construction (ARCC)» gegründet. Diese hat gestern im Bureau des Métiers in Sitten eine Zusammenarbeitvereinbarung mit dem Kanton unterzeichnet. Die Parteien haben dadurch ihr gemeinsames Bedürfnis, eine effiziente Organisation für die Kontrolle und Sanktionierung gegen

Misstände auf dem Arbeitsmarkt aufzustellen, unter Beweis gestellt. Die Vereinbarung ist von Staatsratspräsidentin Esther Waeber-Kalbermatten und Serge Métraillier, Direktor des Walliser Bau- und Gewerkschaftsverbandes und erster Präsident der ARCC, unterzeichnet worden.

## Sieben neue Inspektoren vereidigt

Die ARCC vereint sämtliche Paritätischen Kommissionen des Baugewerbes. Insgesamt gibt es folgende elf: Hoch/Tierbau, Maler, Landschaftsgärtner, Bedachung/Isolation/Gebäudehül-

le, Spenglerei, Heizung/Sanitär, Elektriker, Stahlbau, Plattenleger, Schreinerei/Zimmerei und Reinigung. Die Vereinigung ARCC wird ab dem 1. Januar 2017 einsatzfähig sein. Dank der neuen kantonalen Arbeitsgesetzgebung, die in der Juni-Session vom Parlament verabschiedet worden ist, werden ab diesem Datum sieben neue, vereidigte Inspektorinnen und Inspektoren Betrüger aufspüren. Die sieben Inspektoren entsprechen insgesamt 2,8 Vollzeit-Aquivalenten. Sechs von ihnen arbeiten hauptsächlich auf den Baustellen und sind im 30%-Teilzeitpensum

beschäftigt, die siebte arbeitet als Koordinationsstelle eng mit der kantonalen Beschäftigungsinspektion (KBI) zusammen. So wird die Vollzeit-Koordinatorin der ARCC in den Räumlichkeiten der KBI arbeiten und vom Zugang zu deren Datenbank profitieren.

## Hauptsächlich am Samstag unterwegs

Die sechs Baustellen-Inspektoren der ARCC werden hauptsächlich am Wochenende unterwegs sein. Ihre Hauptaufgabe wird darin bestehen, Samstagstarbeiter, die gegen die Gesamtarbeitsverträge (GAV) verstossen, zu erwischen. Ein weiteres Ziel ihrer Ermittlungen werden ausländische Firmen sein, die illegal (ohne sich angemeldet zu haben) im Kanton arbeiten. Schwarzarbeiter werden generell der Dienststelle gemeldet. Beobachtete Verstösse gegen den GAV können hingegen direkt vom ARCC sanktioniert werden.

## «Vorbild für die Romandie»

Durch die Investition in die Gründung der ARCC erhofft sich das Walliser Baugewerbe einen Imagegewinn für die gesamte Branche. Durch die Investition in die Gründung der ARCC erhofft sich das Walliser Baugewerbe einen Imagegewinn für die gesamte Branche, verschwinden doch mit den illegalen Arbeitern viele Amateure von den Baustellen. Der Kanton und die Paritätischen Kommissionen dagegen hoffen vor allem, die wegen unlauteren Wettbewerbs und Lohndumpings entstehenden finanziellen Verluste, die mit 1,2 Milliarden Franken pro Jahr veranschlagt werden, reduzieren zu können. «Über eine solche Struktur zu verfügen, die direkt in einen Staatsdienst integriert ist, macht die ARCC zu einem Vorbild für die Romandie», teilt Serge Métraillier mit.

Das der ARCC zugeteilte Budget beträgt rund eine halbe Million Franken, das von den involvierten Sozialpartnern getragen wird. Eine erste Bilanz wird Ende 2017 gezogen. Je nach den erreichten Resultaten kann die Personaldotation des ARCC aufgestockt werden. **wek**